

## Anhang B: Materielles Europäisches Strafrecht im Überblick

Nachfolgend werden diejenigen Sekundärrechtsakte der Europäischen Union – und zuvor der Europäischen Gemeinschaften – überblicksartig vorgestellt, die seit dem Vertrag von Maastricht<sup>1</sup> erlassen wurden<sup>2</sup> und das materielle Strafrecht (und dabei insbesondere Pönalisierungsverpflichtungen) unmittelbar zum Gegenstand haben. Dies dient primär als Grundlage für die Analyse der aus europäischen Rechtsakten folgenden Pönalisierungsverpflichtungen,<sup>3</sup> daneben für die Analyse europäischer Strafgesetzgebungsverfahren in § 5 dieser Untersuchung. Sie versteht sich daher in Ergänzung zur Rechtssetzungsdatenbank *eurocrim*<sup>4</sup> und zu thematisch orientierten Darstellungen<sup>5, 6</sup>.

### 1. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Maastricht (1993–1999)

Von den nach dem Vertrag von Maastricht zur Verfügung stehenden Handlungsformen sind für die hiesige Untersuchung vor allem die Gemeinsamen Maßnahmen von Bedeutung, da diese – nicht aber Übereinkommen als solche<sup>7</sup> – nachfolgend (jedenfalls teilweise) in sekundäres Unionsrecht übernommen wurden.<sup>8</sup>

- 
- 1 Für einen kurzen Streifzug durch die Geschichte des Europäischen Primärrechts mit strafrechtlichem Bezug siehe *Brodowski*, JURA 2013, 492 (500 ff.).
  - 2 Nicht aufgeführt wurden Rechtsakte zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge mit (auch) strafrechtlichem Gehalt durch die Europäische Union.
  - 3 Siehe oben § 1 III. 1. b).
  - 4 *J. Vogel*, eurocrim-Datenbank.
  - 5 Exemplarisch *Hecker*, Europäisches Strafrecht<sup>6</sup>, S. 267 ff.; *Jähne/Schramm*, Europäisches Strafrecht, S. 414 ff.; *Klip*, European Criminal Law<sup>4</sup>, S. 282 ff.; *Hochmayr*, in: FK, Art. 83 AEUV Rn. 17 ff., 36 f. *Satzger*, in: Streinz<sup>3</sup>, Art. 83 AEUV Rn. 15 ff., 33 ff.; ferner *Ambos*, Internationales Strafrecht<sup>3</sup>, § 11 Rn. 5 f., 35 ff.
  - 6 Auf Literaturnachweise wurde bei inzwischen ganz und größtenteils wieder aufgehobenen bzw. für nichtig erklärten Rechtsakten verzichtet. Im Übrigen fokussieren sich die Literaturangaben auf deutschsprachige Aufsatzliteratur.
  - 7 Bestandteil des sekundären Unionsrechts als solches wurden nur die Rechtsakte des Rates, mit denen dieser u.a. die Annahme der Übereinkommen den Mitgliedstaaten empfiehlt; vgl. ABIEU Nr. C 430 v. 01.12.2014, S. 17.
  - 8 Vgl. die Aufhebung verschiedener Gemeinsamer Maßnahmen durch die VO (EU) 2016/95, ABIEU Nr. L 26 v. 02.02.2016, S. 9.

1. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (GM 96/443/JI)<sup>9</sup>

Bezogen auf gewisse Formen der Hasskriminalität enthielt diese Gemeinsame Maßnahme die Verpflichtung, diese Verhaltensweisen entweder unter Strafe zu stellen oder jedenfalls strafjustizielle Zusammenarbeit insoweit nicht wegen fehlender beiderseitiger Strafbarkeit scheitern zu lassen.<sup>10</sup>

2. Drogenhandel (GM 96/750/JI)<sup>11</sup>

Diese Gemeinsame Maßnahme enthielt lediglich allgemein gehaltene Zielbestimmungen in Bezug auf eine Angleichung strafrechtlicher Rechtsvorschriften, jedoch keine konkreten Pönalisierungsverpflichtungen.<sup>12</sup>

3. Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern (GM 97/154/JI)<sup>13</sup>

Neben Pönalisierungsverpflichtungen betreffend Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch von Kindern (Titel II) und flankierenden prozessualen Maßnahmen suchte diese Gemeinsame Maßnahme die strafjustizielle Zusammenarbeit bei der Verfolgung dieser Straftaten zu verbessern (Titel III).<sup>14</sup>

---

9 Gemeinsame Maßnahme vom 15. Juli 1996 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ABIEG Nr. L 185 v. 23.07.1996, S. 5.

10 Die Gemeinsame Maßnahme wurde durch RB 2008/913/JI aufgehoben; hierzu unten Anhang B III. 10.

11 Gemeinsame Maßnahme vom 17. Dezember 1996 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften und der Verfahren der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit und zur Verhütung und Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, ABIEG Nr. L 342 v. 30.12.1996, S. 6.

12 Die Aufhebung dieser Gemeinsamen Maßnahme erfolgte durch VO (EU) 2016/95, ABIEU Nr. L 26 v. 02.02.2016, S. 9.

13 Gemeinsame Maßnahme vom 24. Februar 1997 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend die Bekämpfung des Menschenhandels und die sexuelle Ausbeutung von Kindern, ABIEG Nr. L 63 v. 03.03.1997, S. 2.

14 Die Gemeinsame Maßnahme wurde durch RB 2004/68/JI aufgehoben; hierzu unten Anhang B III. 2.

4. Geldwäsche (GM 98/699/JI)<sup>15</sup>

Mit dieser Gemeinsamen Maßnahme vereinbarten die Mitgliedstaaten, bestimmte Vorbehalte gegen das Europarats-Übereinkommen von 1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten<sup>16</sup> nicht einzulegen oder aufrechtzuerhalten sowie die Möglichkeit einer sogenannten »Wertersatzstrafe« (Einziehung des Wertes, nicht notwendigerweise des illegal erlangten Vermögensgegenstands selbst) vorzusehen.<sup>17</sup> Konkrete Pönalisierungsvorgaben enthielt diese Gemeinsame Maßnahme nicht.

5. Organisierte Kriminalität (GM 98/733/JI)<sup>18</sup>

Diese Gemeinsame Maßnahme sah u.a. die alternative Pönalisierung von zwei Modellen der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung vor.<sup>19</sup>

6. Bestechung im privaten Sektor (GM 98/742/JI)<sup>20</sup>

Diese Gemeinsame Maßnahme enthielt im Wesentlichen Pönalisierungsverpflichtungen zu Bestechung und Bestechlichkeit im privaten Sektor.<sup>21</sup>

---

15 Gemeinsame Maßnahme vom 3. Dezember 1998 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend Geldwäsche, die Ermittlung, das Einfrieren, die Beschlagnahme und die Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten, ABIEG Nr. L 333 v. 08.12.1998, S. 1.

16 SEV Nr. 141.

17 Insoweit wurde diese Gemeinsame Maßnahme durch RB 2001/500/JI ersetzt; hierzu unten Anhang B II. 3.

18 Gemeinsame Maßnahme vom 21. Dezember 1998 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend die Strafbarkeit der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ABIEG Nr. L 351 v. 28.12.1998, S. 1.

19 Die Gemeinsame Maßnahme wurde durch RB 2008/841/JI aufgehoben; zu diesem RB siehe unten Anhang B III. 8.

20 Gemeinsame Maßnahme vom 22. Dezember 1998 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend die Bestechung im privaten Sektor, ABIEG Nr. L 358 v. 30.12.1998, S. 2.

21 Die Gemeinsame Maßnahme wurde durch RB 2003/568/JI aufgehoben; zu diesem RB siehe unten Anhang B III. 1.

## II. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Amsterdam (1999–2003)

### 1. Geldfälschung (RB 2000/383/JI)<sup>22</sup>

Im Hinblick auf die bevorstehende Einführung des Euro (siehe insbesondere Art. 5 RB 2000/383/JI) enthielt dieser Rahmenbeschluss Pönalisierungsverpflichtungen in Bezug auf die Geldfälschung und das Inverkehrbringen von Falschgeld.<sup>23</sup>

### 2. Betrug und Fälschung unbarer Zahlungsmittel (RB 2001/413/JI)<sup>24</sup>

Dieser Rahmenbeschluss sah im Wesentlichen Pönalisierungsverpflichtungen betreffend (Computer-)Betrug und Fälschung in Bezug auf unbare Zahlungsinstrumente vor.<sup>25</sup>

### 3. Geldwäsche (RB 2001/500/JI)<sup>26</sup>

Mit diesem Rahmenbeschluss wurden die Möglichkeiten, gegen das Europarats-Übereinkommen von 1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten<sup>27</sup> Vorbehalte einzulegen oder aufrechtzuerhalten, sekundärrechtlich begrenzt (Art. 1 RB 2001/500/JI). Zugleich wurden Mindesthöchststrafen (Art. 2 RB 2001/500/JI) sowie die Möglichkeit einer sogenannten »Wertersatzstrafe« (Einziehung des

---

22 Rahmenbeschluss des Rates vom 29. Mai 2000 über die Verstärkung des mit strafrechtlichen und anderen Sanktionen bewehrten Schutzes gegen Geldfälschung im Hinblick auf die Einführung des Euro, ABIEG Nr. L 140 v. 13.06.2000, S. 1.

23 Zur Ersetzung des RB 2000/383/JI durch die RL 2014/62/EU siehe unten Anhang B IV. 6.

24 Rahmenbeschluss des Rates vom 28. Mai 2001 zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln, ABIEG Nr. L 149 v. 01.06.2001, S. 1.

25 Zur Ersetzung durch RL [EU] 2019/713 siehe unten Anhang B IV. 11.

26 Rahmenbeschluss des Rates vom 26. Juni 2001 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Einfrieren, Beschlagnahme und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten, ABIEG Nr. L 182 v. 04.07.2001, S. 1.

27 SEV Nr. 141.

Wertes, nicht notwendigerweise des illegal erlangten Vermögensgegenstands selbst) statuiert (Art. 3 RB 2001/568/JI).<sup>28</sup>

4. Geldfälschung (Rückfallschärfung) (RB 2001/888/JI)<sup>29</sup>

Durch diesen Rahmenbeschluss wurde in RB 2000/383/JI<sup>30</sup> der Art. 9a zur Rückfälligkeit eingeführt.<sup>31</sup>

5. Terrorismus (RB 2002/475/JI)<sup>32</sup>

Dieser Rahmenbeschluss enthielt Pönalisierungsverpflichtungen in Bezug auf terroristische Aktivitäten, einschließlich unmittelbarer Unterstützungshandlungen.<sup>33</sup>

6. Menschenhandel (RB 2002/629/JI)<sup>34</sup>

Anders als es die gesetzliche Überschrift seines Art. 1 nahelegt, enthielt der RB 2002/629/JI keinen »Straftatbestand des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft oder zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung«, sondern eine darauf gerichtete Pönalisierungsverpflichtung.<sup>35</sup>

---

28 Eine weitreichende Ersetzung des Rahmenbeschlusses erfolgte durch RL (EU) 2018/1673; zu dieser Richtlinie siehe unten Anhang B IV. 10. Der Rahmenbeschluss ersetzte seinerseits Teile der GM 96/699/JI; zu dieser siehe oben Anhang B I. 4.

29 Rahmenbeschluss des Rates vom 6. Dezember 2001 zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2000/383/JI über die Verstärkung des mit strafrechtlichen und anderen Sanktionen bewehrten Schutzes gegen Geldfälschung im Hinblick auf die Einführung des Euro, ABIEG Nr. L 329 v. 13.12.2001, S. 3.

30 Siehe oben Anhang B II. 1.

31 Zur Ersetzung des RB 2000/383/JI durch die RL 2014/62/EU siehe unten Anhang B IV. 6.

32 Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung, ABIEG Nr. L 164 v. 21.06.2002, S. 3.

33 Zur Ersetzung des RB 2002/475/JI durch die RL (EU) 2017/541 siehe unten Anhang B IV. 7.

34 Rahmenbeschluss des Rates vom 19. Juli 2002 zur Bekämpfung des Menschenhandels, ABIEG Nr. L 203 v. 31.07.2002, S. 1.

35 Zur nachfolgenden RL 2011/36/EU siehe unten Anhang B IV. 1.

7. Beihilfe zur unerlaubten Migration (RB 2002/946/JI)<sup>36</sup>

Dieser Rahmenbeschluss dient der strafrechtlichen Flankierung unionsrechtlicher Regelungen zum Verbot der »Beihilfe« zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt.

8. Schutz der Umwelt (RB 2003/80/JI)<sup>37</sup>

Der in der vormaligen »dritten Säule« erlassene Rahmenbeschluss wurde nachfolgend durch den EuGH für kompetenzwidrig erlassen erachtet und daher für nichtig erklärt.<sup>38</sup>

*III. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Nizza (2003–2009)*

1. Bestechung im privaten Sektor (RB 2003/568/JI)<sup>39</sup>

Hinsichtlich der Pönalisierungsverpflichtungen betreffend Bestechung und Bestechlichkeit im privaten Sektor (Art. 2 RB 2003/568/JI) bestand zumindest bis Juli 2010 die Möglichkeit für Abweichungen (Art. 2 Abs. 4 RB 2003/568/JI).<sup>40</sup> Nachdem Deutschland dies zunächst genutzt hatte, wurde § 299 StGB (erst) 2015 erweitert.<sup>41</sup>

---

36 Rahmenbeschluss des Rates vom 28. November 2002 betreffend die Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt, ABIEG Nr. L 328 v. 04.12.2002, S. 1.

37 Rahmenbeschluss 2003/80/JI des Rates vom 27. Januar 2003 über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht, ABIEU Nr. L 29 v. 04.02.2003, S. 55.

38 EuGH [GK], Urt. v. 12.09.2005 – C-176/03 (Kommission ./ Rat).

39 Rahmenbeschluss 2003/568/JI des Rates vom 22. Juli 2003 zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor, ABIEU Nr. L 192 v. 30.07.2003, S. 54.

40 Evaluation in KOM(2011) 309 endg. v. 06.06.2011; siehe zudem *Brodowski*, ZIS 2011, 940 (946). Durch diesen Rahmenbeschluss wurde auch die vorangegangene GM 98/742/JI aufgehoben; zu dieser siehe Anhang B I. 6.

41 Siehe oben Anhang A VI. 8.

2. Sexuelle Ausbeutung von Kindern (RB 2004/68/JI)<sup>42</sup>

Dieser Rahmenbeschluss enthielt Mindestvorgaben betreffend die sexuelle Ausbeutung von Kindern und die Kinderpornografie, wobei als Kind jede Person unter achtzehn Jahren definiert wird (Art. 1 lit. a RB 2004/68/JI).<sup>43</sup>

3. Drogenhandel (RB 2004/757/JI)<sup>44</sup>

Dieser Rahmenbeschluss statuierte Pönalisierungsverpflichtungen betreffend die Kriminalisierung des Drogenhandels.<sup>45</sup>

4. Einziehung (RB 2005/212/JI)<sup>46</sup>

Dieser Rahmenbeschluss enthielt Mindestvorgaben betreffend die Einziehung – einschließlich erweiterte Einziehung – von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten.<sup>47</sup>

5. Angriffe auf Informationssysteme (RB 2005/222/JI)<sup>48</sup>

Mit teils wortgleichen Formulierungen zum (Europarats-)Übereinkommen über Computerkriminalität<sup>49</sup> sah dieser Rahmenbeschluss Pönalisierungs-

---

42 Rahmenbeschluss 2004/68/JI des Rates vom 22. Dezember 2003 zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie, ABIEU Nr. L 13 v. 19.01.2004, S. 44.

43 Zur nachfolgenden RL 2011/93/EU siehe unten Anhang B IV. 2.

44 Rahmenbeschluss 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels, ABIEU Nr. L 335 v. 10.11.2004, S. 8.

45 Evaluation in KOM(2009) 669 endg. v. 10.12.2009; siehe zudem *Brodowski*, ZIS 2010, 376 (381); *Brodowski*, ZIS 2018, 493 (500); *Brodowski*, ZIS 2020, 285 (289). Zur Änderung durch RL (EU) 2017/2103 siehe unten Anhang B IV. 9.

46 Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten, ABIEU Nr. L 68 v. 14.03.2005, S. 49.

47 Siehe zudem nachfolgend RL 2014/42/EU, unten Anhang B IV. 4.

48 Rahmenbeschluss 2005/222/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über Angriffe auf Informationssysteme, ABIEU Nr. L 69 v. 15.03.2005, S. 67.

49 SEV Nr. 185.

verpflichtungen betreffend Verletzungen der Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme vor.<sup>50</sup>

#### 6. Meeresverschmutzung durch Schiffe (RB 2005/667/JI)<sup>51</sup>

Zur strafrechtlichen Flankierung der RL 2005/35/EG um Pönalisierungsverpflichtungen wurde dieser Rahmenbeschluss erlassen, der indes vom EuGH wegen primärrechtlicher Zuordnung zur sogenannten dritten statt ersten Säule für nichtig erklärt wurde.<sup>52</sup>

#### 7. Berücksichtigung ergangener Verurteilungen (RB 2008/675/JI)<sup>53</sup>

Dieser Rahmenbeschluss verpflichtet zur Anpassung des nationalen Rechts, sodass ausländische Vorstrafen äquivalent (strafmildernd wie strafscharfend) zu inländischen Vorstrafen zu berücksichtigen sind.

#### 8. Organisierte Kriminalität (RB 2008/841/JI)<sup>54</sup>

Art. 2 RB 2008/841/JI statuiert zwei alternative Pönalisierungsverpflichtungen in Bezug auf die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung.<sup>55</sup>

---

50 Siehe nachfolgend RL 2013/40/EU, hierzu unten Anhang B IV. 3.

51 Rahmenbeschluss 2005/667/JI des Rates vom 12. Juli 2005 zur Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Schiffe, ABIEU Nr. L 255 v. 29.09.2005, S. 164.

52 EuGH [GK], Urt. v. 23.10.2007 – C-440/05 (Kommission ./ Rat). Zur Reaktion des europäischen Gesetzgebers siehe nachfolgend Anhang B III. 13.

53 Rahmenbeschluss 2008/675/JI des Rates vom 24. Juli 2008 zur Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren, ABIEU Nr. L 220 v. 15.08.2008, S. 32.

54 Rahmenbeschluss 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, ABIEU Nr. L 300 v. 10.11.2008, S. 42.

55 Evaluation in COM(2016) 448 final v. 07.07.2016; siehe zudem *Hecker*, ZIS 2016, 467 (470 ff.); *Zöller*, KriPoZ 2017, 26 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2017, 11 (18); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (693). Der Rahmenbeschluss hob die vorherige GM 98/733/JI auf; zu dieser Anhang B I. 5.



9. Umwelt (RL 2008/99/EG)<sup>56</sup>

Anstelle des aus Gründen der Kompetenzabgrenzung für nichtig erklärten RB 2003/80/JI<sup>57</sup> statuierte diese, auf die vormalige »erste Säule« gestützte Richtlinie Pönalisierungsverpflichtungen, indes ohne Vorgabe konkreter Sanktionen.<sup>58</sup>

10. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (RB 2008/913/JI)<sup>59</sup>

Dieser Rahmenbeschluss statuiert Pönalisierungsverpflichtungen u.a. betreffend öffentliche Aufstachelung zu Gewalt oder Hass und das öffentliche Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.<sup>60</sup>

11. Terrorismus (RB 2008/919/JI)<sup>61</sup>

Mit diesem Rahmenbeschluss wurden die im RB 2002/475/JI enthaltenen<sup>62</sup> Pönalisierungsverpflichtungen u.a. auf Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke und die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat erweitert.<sup>63</sup>

56 Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt, ABIEU Nr. L 328 v. 05.12.2008, S. 28.

57 Siehe oben Anhang B II. 8. sowie EuGH [GK], Urt. v. 12.09.2005 – C-176/03 (Kommission ./ Rat).

58 Zur Europäisierung des Umweltstrafrechts grundlegend *M. Heger*, Die Europäisierung des Umweltstrafrechts.

59 Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ABIEU Nr. L 328 v. 05.12.2008, S. 55.

60 Evaluation in COM(2014) 27 final v. 26.01.2014; siehe zudem *Birkenstock*, ZIS 2010, 783 ff.; *S. Bock*, ZRP 2011, 46 ff.; *Hellmann/Gärtner*, NJW 2011, 961 ff.; *S. Weber*, ZRP 2008, 21 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2015, 79 (88); *Brodowski*, ZIS 2019, 527 (533). Mit diesem Rahmenbeschluss wurde auch die GM 96/443/JI aufgehoben; zu dieser siehe oben Anhang B I. 1.

61 Rahmenbeschluss 2008/919/JI des Rates vom 28. November 2008 zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung, ABIEU Nr. L 330 v. 08.12.2008, S. 21.

62 Siehe oben Anhang B II. 5.

63 Evaluation in COM(2014) 554 final v. 05.09.2014; siehe zudem *Oehmichen*, ZIS 2011, 931 ff.; *F. Zimmermann*, ZIS 2009, 1 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2015, 79 (88).

12. Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt (RL 2009/52/EG)<sup>64</sup>

Nach Art. 9 ff. dieser Richtlinie ist (zumindest) die vorsätzliche Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt unter den dort genannten zusätzlichen Voraussetzungen mit strafrechtlichen Sanktionen zu belegen.<sup>65</sup>

13. Meeresverschmutzung durch Schiffe (RL 2009/123/EG)<sup>66</sup>

Nachdem der EuGH die zuvor gewählte Konstruktion einer strafrechtlichen Flankierung durch RB 2005/667/JI<sup>67</sup> für primärrechtswidrig und daher diesen Rahmenbeschluss für nichtig erklärt hatte,<sup>68</sup> wurde die in der vormaligen »ersten Säule« erlassene Richtlinie um Pönalisierungsvorgaben ergänzt.<sup>69</sup>

---

64 Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, ABIEU Nr. L 168 v. 30.06.2009, S. 24, ber. ABIEU Nr. L 208 v. 03.08.2009, S. 22.

65 Hierzu *Satzger*, in: *Streinz*<sup>3</sup>, Art. 83 AEUV Rn. 35; *F. Zimmermann*, ZIS 2009, 1 (8 ff.).

66 Richtlinie 2009/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Änderung der Richtlinie 2005/35/EG über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße, ABIEU Nr. L 280 v. 27.10.2009, S. 52.

67 Siehe oben Anhang B III. 6.

68 EuGH [GK], Urt. v. 23.10.2007 – C-440/05 (Kommission ./ Rat).

69 Zur Europäisierung des Umweltstrafrechts grundlegend *M. Heger*, Die Europäisierung des Umweltstrafrechts; zur Richtlinie siehe *Brodowski*, ZIS 2015, 79 (87); *Brodowski*, ZIS 2020, 285 (288).

#### IV. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Lissabon (seit 2009)

##### 1. Menschenhandel (RL 2011/36/EU)<sup>70</sup>

Durch Art. 2 ff. RL 2011/36/EU wurden Pönalisierungsverpflichtungen im Kontext des Menschenhandels statuiert. Flankiert wurde dies durch eine Bestimmung betreffend »Verzicht auf Strafverfolgung oder Straffreiheit der Opfer« (Art. 6 RL 2011/36/EU) und weitere Vorschriften zum Opferschutz (Art. 11 ff. RL 2011/36/EU).<sup>71</sup>

##### 2. Sexueller Missbrauch von Kindern (RL 2011/93/EU)<sup>72</sup>

In Art. 3 ff. RL 2011/93/EU enthält die Richtlinie Pönalisierungsverpflichtungen betreffend sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern, Kinderpornografie und Kontaktaufnahme zu Kindern für sexuelle Zwecke. Zudem enthält sie Vorschriften zum Opferschutz (Art. 18 ff. RL 2011/93/EU) sowie eine Bestimmung über »Maßnahmen gegen Websites, die Kinderpornografie enthalten oder verbreiten« (Art. 25 RL 2011/93/EU).<sup>73</sup>

---

70 Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates, ABIEU Nr. L 101 v. 14.04.2011, S. 1.

71 Evaluationen in COM (2016) 719 final v. 02.12.2016; COM(2016) 722 final v. 02.12.2016; COM(2018) 777 final v. 03.12.2018; COM(2020) 661 final v. 20.10.2020; COM(2022) 736 final v. 19.12.2022; siehe zudem oben § 6 II. 1. sowie *Bürger*, ZIS 2017, 169 ff.; *F.-C. Schroeder*, NSTZ 2017, 320 ff.; ferner *Brodowski*, ZIS 2010, 376 (382); *Brodowski*, ZIS 2010, 749 (753); *Brodowski*, ZIS 2011, 940 (944); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (692 f.); *Brodowski*, ZIS 2019, 527 (533); *Brodowski*, ZIS 2021, 373 (376). Zum vorherigen RB 2002/629/JI siehe oben Anhang B II. 6.

72 Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates, ABIEU Nr. L 335 v. 16.12.2011, S. 1, ber. ABIEU Nr. L 18 v. 20.01.2012, S. 7.

73 Evaluation in COM(2016) 871 final v. 16.12.2016 und COM(2016) 871 final v. 16.12.2016; siehe zudem *M. Gercke*, CR 2012, 520 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2010, 376 (381 f.); *Brodowski*, ZIS 2010, 749 (752 f.); *Brodowski*, ZIS 2011, 940 (945); *Brodowski*, ZIS 2012, 558 (563); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (693); *Brodowski*, ZIS 2020, 285 (288). Zum vorherigen RB 2004/68/JI siehe oben Anhang B III. 2.

### 3. Angriffe auf Informationssysteme (RL 2013/40/EU)<sup>74</sup>

Mit dieser Richtlinie wurden die zuvor in RB 2005/222/JI enthaltenen<sup>75</sup> Pönalisierungsverpflichtungen betreffend Angriffe auf Informationssysteme erweitert und verschärft.<sup>76</sup>

### 4. Sicherstellung und Einziehung (RL 2014/42/EU)<sup>77</sup>

Anknüpfend an eine Gruppe von Listendelikten (Art. 3 RL 2014/42/EU) führte diese Richtlinie (Mindest-)Vorgaben an die (strafrechtliche) Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen ein, einschließlich erweiterte Einziehung und Dritteinziehung sowie (vorläufige) Sicherstellung.<sup>78</sup>

### 5. Marktmissbrauch (RL 2014/57/EU)<sup>79</sup>

Mit dieser Richtlinie wurden die unionsrechtlichen Vorgaben zum Wertpapierhandel durch an die Mitgliedstaaten gerichtete Pönalisierungsverpflichtungen flankiert.<sup>80</sup>

---

74 Richtlinie 2013/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 über Angriffe auf Informationssysteme und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2005/222/JI des Rates, ABIEU Nr. L 218 v. 13.08.2013, S. 8.

75 Siehe oben Anhang B III. 5.

76 Evaluation in COM(2017) 474 final v. 13.09.2017; siehe zudem *Haase*, Computerkriminalität; *Reindl-Krauskopf*, *ZaöRV* 74 (2014), 563 ff. sowie *Brodowski*, *ZIS* 2010, 749 (753 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2011, 940 (945); *Brodowski*, *ZIS* 2012, 558 (563 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2013, 455 (464); *Brodowski*, *ZIS* 2018, 493 (500).

77 Richtlinie 2014/42/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union, ABIEU Nr. L 127 v. 28.04.2014, S. 39, ber. ABIEU Nr. L 138 v. 12.05.2014, S. 114.

78 Evaluation in COM(2020) 217 final v. 02.06.2020; siehe zudem *Mansdörfer*, *JM* 2017, 122 ff. sowie auch *Brodowski*, *ZIS* 2013, 455 (467); *Brodowski*, *ZIS* 2015, 79 (88 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2019, 527 (533); *Brodowski*, *ZIS* 2020, 285 (290).

79 Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation (Marktmissbrauchsrichtlinie), ABIEU Nr. L 173 v. 11.06.2014, S. 179.

80 Evaluation in COM(2020) 99 final v. 13.03.2020; siehe zudem *Kert*, *NZWiSt* 2013, 252 ff.; sowie *Brodowski*, *ZIS* 2011, 940 (945 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2012, 558 (562 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2013, 455 (464 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2015, 79 (86 f.); *Brodowski*, *ZIS* 2021, 373 (376 f.).

6. Geldfälschung (RL 2014/62/EU)<sup>81</sup>

Diese Richtlinie enthält im Wesentlichen Pönalisierungsverpflichtungen betreffend Geldfälschung des Euro und anderer gesetzlicher Währungen.<sup>82</sup>

7. Terrorismus (RL [EU] 2017/541)<sup>83</sup>

Im Mittelpunkt dieser Richtlinie steht eine Ausweitung der Pönalisierungsverpflichtung betreffend »terroristische[r] Straftaten« (Art. 3 RL [EU] 2017/541), einschließlich »Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten« (Titel III, Art. 5 ff. RL [EU] 2017/541) wie u.a. Terrorismusfinanzierung. Hinzu treten flankierende Bestimmungen zum Informationsaustausch (Art. 22 RL [EU] 2017/541) sowie zum Schutz der und zur Unterstützung für Opfer (Art. 24 ff. RL [EU] 2017/541).<sup>84</sup>

8. PIF (RL [EU] 2017/1371)<sup>85</sup>

Diese Richtlinie statuiert – auch die sachliche Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft prägende – Pönalisierungsvorgaben im Bereich

---

81 Richtlinie 2014/62/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zum strafrechtlichen Schutz des Euro und anderer Währungen gegen Geldfälschung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2000/383/JI des Rates, ABIEU Nr. L 151 v. 20.05.2014, S. 1.

82 Evaluation in COM(2019) 311 final v. 09.07.2019. Siehe zudem *Brodowski*, ZIS 2013, 455 (465); *Brodowski*, ZIS 2015, 79 (87); *Brodowski*, ZIS 2020, 285 (289). Zum vorherigen RB 2000/383/JI i.d.F. RB 2001/888/JI siehe oben Anhang B II. 1. sowie Anhang B II. 4.

83 Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, ABIEU Nr. L 88 v. 31.03.2017, S. 6.

84 Evaluationen in COM(2020) 619 final v. 30.09.2020 sowie COM(2021) 701 final v. 18.11.2021. Siehe zudem *Engelstätter*, GSZ 2019, 95 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2017, 11 (16 f.); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (691). Zum vorherigen RB 2002/475/JI i.d.F. RB 2008/919/JI siehe oben Anhang B II. 5. sowie Anhang B III. 11.

85 Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug, ABIEU Nr. L 198 v. 28.07.2017, S. 29.

von »Betrügereien« zu Lasten der finanziellen Interessen der Europäischen Union, einschließlich Korruption und Geldwäsche.<sup>86</sup>

## 9. Neue psychoaktive Substanzen (RL [EU] 2017/2103)<sup>87</sup>

Durch diese Richtlinie wurden die Substanzen, deren Handel nach RB 2004/575/JI<sup>88</sup> zu pönalisieren ist, auf sogenannte neue psychoaktive Substanzen erweitert. Zugleich wurde der Kommission die Befugnis übertragen, durch eine delegierte Richtlinie den Anhang um weitere solche Substanzen zu ergänzen,<sup>89</sup> wovon sie seitdem viermal Gebrauch gemacht hat.<sup>90</sup>

## 10. Geldwäsche (RL [EU] 2018/1673)<sup>91</sup>

Mit dieser Richtlinie wurden die Pönalisierungsverpflichtungen betreffend Geldwäsche auf deutlich mehr Vortaten erstreckt.<sup>92</sup>

---

86 Evaluationen in COM(2021) 536 final v. 06.09.2021 und COM(2022) 466 final v. 16.09.2022; siehe zudem *Brodowski*, in: Herrnfeld/Brodowski/Burchard, Art. 22 EUStA-VO Rn. 5 ff.; *Farkas/Udvarhelyi/Jacsó*, NZWiSt 2019, 369 ff.; *A. Grünwald*, JR 2015, 245 ff.; *M. Krüger*, HRRS 2012, 311 ff.; *Staffler*, ZfRV 2018, 52 ff.; *Sturies*, HRRS 2012, 273 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2012, 558 (561 f.); *Brodowski*, ZIS 2013, 455 (464); *Brodowski*, ZIS 2015, 79 (86); *Brodowski*, ZIS 2016, 106 (112 f.); *Brodowski*, ZIS 2017, 11 (16); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (690 f.); *Brodowski*, ZIS 2018, 493 (497); *Brodowski*, ZIS 2019, 527 (532); *Brodowski*, ZIS 2020, 285 (288).

87 Richtlinie (EU) 2017/2103 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI des Rates zur Aufnahme neuer psychoaktiver Substanzen in die Drogendefinition und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/387/JI des Rates, ABIEU Nr. L 305 v. 21.11.2017, S. 12.

88 Hierzu oben Anhang B III. 3.

89 *Stibernitz/Villotti*, EuZW 2017, 798 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2013, 455 (465); *Brodowski*, ZIS 2015, 79 (87 f.); *Brodowski*, ZIS 2016, 106 (113 f.); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (692); *Brodowski*, ZIS 2018, 493 (500).

90 Delegierte Richtlinien (EU) 2019/369 (ABIEU Nr. L 66 v. 07.03.2019, S. 3); 2020/1687 (ABIEU Nr. L 379 v. 13.11.2020, S. 55); 2021/802 (ABIEU Nr. L 178 v. 20.05.2021, S. 1) und 2022/1326 (ABIEU Nr. L 200 v. 29.07.2022, S. 148); siehe zudem den Bericht der Kommission, COM(2022) 251 final v. 01.06.2022.

91 Richtlinie (EU) 2018/1673 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche, ABIEU Nr. L 284 v. 12.11.2018, S. 22.

92 Siehe *Böse/Jansen*, JZ 2019, 591 ff.; *C. Schröder/Blaue*, NZWiSt 2019, 161 ff. sowie *Brodowski*, ZIS 2017, 11 (17); *Brodowski*, ZIS 2017, 688 (691 f.); *Brodowski*, ZIS 2018, 493 (499); *Brodowski*, ZIS 2019, 527 (533); *Brodowski*, ZIS 2020, 285 (289).

## 11. Betrug und Fälschung unbarer Zahlungsmittel (RL [EU] 2019/713)<sup>93</sup>

Diese Richtlinie aktualisiert und erweitert Pönalisierungsverpflichtungen im Bereich unbarer Zahlungsmittel und des Computerbetrugs, u.a. in Bezug auf »virtuelle Währung[en]«.<sup>94</sup>

### V. Überblick über Querschnittsfragen und -materien

#### 1. Rechtsgrundlage

In Tabelle B.1<sup>95</sup> ist angegeben, auf welche (u.U. inzwischen außer Kraft getretene) Rechtsgrundlage sich der jeweilige Rechtsakt in dessen Präambel ausdrücklich bezieht.<sup>96</sup> Vorgeschaltet ist in diesen Präambeln eine allgemeine Inbezugnahme des jeweils geltenden Primärrechtsakts, auf die nachfolgend angegebene(n) Norm(en) wird lediglich »insbesondere« verwiesen.

#### 2. Maßgaben für das Strafanwendungsrecht

In Tabelle B.2<sup>97</sup> sind die ausdrücklichen Maßgaben des europäischen Sekundärrechts<sup>98</sup> für das Strafanwendungsrecht dargestellt.<sup>99</sup> Hervorgehoben werden Maßgaben, dass die Strafbarkeit auf Straftaten zu erstrecken ist, die im Hoheitsgebiet des jeweiligen Mitgliedstaats (Territorialitätsprinzip,

---

93 Richtlinie (EU) 2019/713 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/413/JI des Rates, ABIEU Nr. L 123 v. 10.05.2019, S. 18.

94 *Brodowski*, ZIS 2018, 493 (499); *Brodowski*, ZIS 2019, 527 (533). Zum vorherigen RB 2001/413/JI siehe oben Anhang B II. 2.

95 Abgedruckt auf S. 770.

96 Zur aktuellen primärrechtlichen Lage siehe oben § 1 III. 1. b) aa) m.w.N.

97 Abgedruckt auf S. 772.

98 GM 96/443/JI, GM 96/750/JI, RB 2001/500/JI, RB 2005/212/JI, RL 2005/35/EG, RB 2008/675/JI, RL 2008/99/EG, RL 2009/52/EG und RL 2014/42/EU enthalten hierzu keine ausdrücklichen Regelungen. RB 2001/888/JI enthält insoweit keine Änderung des RB 2000/383/JI, RB 2009/919/JI keine Änderung des RB 2002/475/JI und RL (EU) 2017/2103 keine Änderung des RB 2004/757/JI.

99 Eine Analyse findet sich oben § 1 II. 1. d) bb) (1). Siehe ferner die querschnittsmäßige Aufarbeitung bei *Klip*, *European Criminal Law*<sup>4</sup>, S. 257 ff.; *Werle/Jeßberger*, in: LK<sup>13</sup>, Vor §§ 3 ff. StGB Rn. 52 ff. sowie ergänzend *F. Zimmermann*, *Strafgewaltkonflikte in der Europäischen Union*, S. 101 ff.

Rechtsakt	Rechtsgrundlage
GM 96/443/JI	Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV
GM 96/750/JI	Art. K.1 Nr. 3, Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV
GM 97/154/JI	Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV
GM 98/699/JI	Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV
GM 98/733/JI	Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV
GM 98/742/JI	Art. K.1 Nr. 7, Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2000/383/JI	Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2001/413/JI	Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2001/500/JI	Art. 31 Abs. 1 lit. a, c und e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2001/888/JI	Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2002/475/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2002/629/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2002/946/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
<i>RB 2003/80/JI</i>	<i>Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV</i> (nichtig)
RB 2003/568/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2004/68/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. c, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2004/757/JI	Art. 31 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2005/212/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. c, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2005/222/JI	Art. 29, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
<i>RB 2005/667/JI</i>	<i>Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV</i> (nichtig)
RB 2008/675/JI	Art. 31, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2008/841/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RL 2008/99/EG	Art. 175 EGV
RB 2008/913/JI	Art. 29, Art. 31, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RB 2008/919/JI	Art. 29, Art. 31 Abs. 1 lit. e, Art. 34 Abs. 2 lit. b EUV
RL 2009/52/EG	Art. 63 Abs. 3 lit. b EGV
RL 2009/123/EG	Art. 80 Abs. 2 EGV
RL 2011/36/EU	Art. 82 Abs. 2, Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL 2011/93/EU	Art. 82 Abs. 2, Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL 2013/40/EU	Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL 2014/42/EU	Art. 82 Abs. 2, Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL 2014/57/EU	Art. 83 Abs. 2 AEUV
RL 2014/62/EU	Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL (EU) 2017/541	Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL (EU) 2017/1371	Art. 83 Abs. 2 AEUV
RL (EU) 2017/2103	Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL (EU) 2018/1673	Art. 83 Abs. 1 AEUV
RL (EU) 2019/713	Art. 83 Abs. 1 AEUV

Tabelle B.1: Rechtsgrundlagen materieller EU-Strafgesetzgebung



»TP«), durch dessen Staatsangehörige (aktives Personalitätsprinzip »aP«) oder die zugunsten einer juristischen Personen (»für jP«) mit Sitz im jeweiligen Mitgliedstaat begangen werden. Ergänzend wird auf Maßgaben betreffend das Flaggenprinzip (<sup>F</sup>), das aktive Domizilprinzip (<sup>D</sup>), das Schutzprinzip (<sup>S</sup>), das passive Personalitätsprinzip (<sup>P</sup>), das Weltrechtsprinzip (<sup>W</sup>) und einzelne Sonderfälle verwiesen.

### 3. Maßgaben für Teilnahme- und Versuchsstrafbarkeit

In Tabelle B.3<sup>100</sup> sind die ausdrücklichen Maßgaben des europäischen Sekundärrechts<sup>101</sup> zu einer Teilnahme- und Versuchsstrafbarkeit dargestellt.<sup>102</sup>

### 4. Mehrheiten und Abstimmungsverhalten

In Tabelle B.4<sup>103</sup> ist das Abstimmungsverhalten im Rat und im Europäischen Parlament bezüglich der unter dem Vertrag von Lissabon erlassenen materiell-strafrechtlichen Richtlinien wiedergegeben.

### 5. Umsetzung in Deutschland

In Tabelle B.5<sup>104</sup> ist angegeben, durch welche Gesetzgebungsvorhaben eine unionsrechtliche Maßgabe in Deutschland primär und ausdrücklich umgesetzt wurde. Nicht abgebildet sind dabei vorausseilende Umsetzungsgesetzgebungen (siehe aber das GVVG) oder Änderungsgesetze, die aus anderem – etwa völkerrechtlichem – Auslöser die nationale Rechtslage bereits vorher zu demjenigen Rechtszustand brachten, der nunmehr infolge des Unionsrechtsakts versteinert ist.

---

100 Abgedruckt auf S. 773.

101 GM 96/443/JI, GM 96/750/JI, GM 98/699/JI, GM 98/733/JI, RB 2001/500/JI, RB 2005/212/JI, RB 2008/675/JI, RB 2008/841/JI und RL 2014/42/EU enthalten hierzu keine ausdrücklichen Regelungen. RB 2001/888/JI enthält insoweit keine Änderung des RB 2000/383/JI, RL (EU) 2017/2103 keine Änderung des RB 2004/757/JI.

102 Eine Analyse findet sich oben § 1 II. 1. d) bb) (2) sowie § 1 II. 1. d) bb) (3). Siehe ferner *Klip*, *European Criminal Law*<sup>4</sup>, S. 274 ff.

103 Abgedruckt auf S. 774.

104 Abgedruckt auf S. 775 f.

Rechtsakt	Regelung in	Territorialität	aktive Personalität	zugunsten juristischer Person	Sonstiges
GM 97/154/JI GM 98/733/JI GM 98/742/JI	II.A.f Art. 4 Art. 7	(i) (1) (1)(a)	(ii)†  (1)(b)†	  (1)(c)†	(ii) <sup>D†</sup>
RB 2000/383/JI RB 2001/413/JI RB 2002/475/JI RB 2002/629/JI RB 2002/946/JI <i>RB 2003/80/JI<sup>n</sup></i>	Art. 7 Art. 9 Art. 9 Art. 6 Art. 4 Art. 8	(1) (1)(a) (1)(a,b) (1)(a) (1)(a) (1)(a)	 (1)(b)† (1)(c) (1)(b)† (1)(b)† (1)(b)†	 (1)(c)† (1)(d) (1)(c)† (1)(c)† (1)(c)†	(2) <sup>W†</sup>  (1)(e) <sup>S</sup>   (1)(d) <sup>P†</sup>
RB 2003/568/JI RB 2004/68/JI RB 2004/757/JI RB 2005/222/JI <i>RB 2005/667/JI<sup>n</sup></i>	Art. 7 Art. 8 Art. 8 Art. 10 Art. 7	(1)(a) (1)(a) (1)(a) (1)(a) (1)(a,b,f)	(1)(b)† (1)(b)† (1)(b)† (1)(b)† (1)(d)†	(1)(c)† (1)(c)† (1)(c)† (1)(c)† (1)(e)†	Ubiquität (1)(c) <sup>F</sup> ; (1)(f,g) <sup>W</sup>
RB 2008/841/JI RB 2008/913/JI	Art. 7 Art. 9	(1)(a) (1)(a)	(1)(b)† (1)(b)†	(1)(c)† (1)(c)†	
RL 2011/36/EU RL 2011/93/EU RL 2013/40/EU RL 2014/57/EU RL 2014/62/EU	Art. 10 Art. 17 Art. 12 Art. 10 Art. 8	(1)(a) (1)(a) (1)(a) (1)(a) (1)(a)	(1)(b) (1)(b) (1)(b)† (1)(b)† (1)(b)		Ubiquität  Stellvertretung; Auffindeort
RL (EU) 2017/541	Art. 19	(1)(a)	(1)(c)	(1)(d)	(1)(b) <sup>F</sup> ; (1)(e) <sup>S,P</sup>
RL (EU) 2017/1371	Art. 11	(1)(a)	(1)(b)		Unionsbeamte im Ausland
RL (EU) 2018/1673 RL (EU) 2019/713	Art. 10 Art. 12	(1)(a) (1)(a)	(1)(b) (1)(b)		

<sup>n</sup> Rechtsakt wurde wegen fehlerhafter Rechtsgrundlage für nichtig erklärt.

† Einschränkungen möglich (teils mit Schranken-Schranken).

Tabelle B.2: Strafanwendungsrechtliche Maßgaben in materieller EU-Strafgesetzgebung

Rechtsakt	Regelung in	Anstiftung	Beihilfe	Versuch
GM 97/154/JI	II.A.b.	(+) <sup>B</sup>	(+) <sup>B</sup>	(+)
GM 98/742/JI	Art. 4(1)	(+)	(+)	
RB 2000/383/JI	Art. 3(2)	(+)	(+) <sup>T</sup>	(+) <sup>†</sup>
RB 2001/413/JI	Art. 5	(+)	(+) <sup>T</sup>	(+) <sup>†</sup>
RB 2002/475/JI	Art. 4	(1)	(1) <sup>M</sup>	(2) <sup>†</sup>
RB 2002/629/JI	Art. 2	(+)	(+)	(+)
RB 2002/946/JI	Art. 1 <sup>‡</sup>	Art. 1 <sup>‡</sup>	Art. 1 <sup>‡</sup>	Art. 1 <sup>‡</sup>
RB 2003/80/JI <sup>n</sup>	Art. 4	(+)	(+) <sup>T</sup>	
RB 2003/568/JI	Art. 3	(1)	(1)	
RB 2004/68/JI	Art. 4	(1)	(1)	(2) <sup>†</sup>
RB 2004/757/JI	Art. 3	(1)	(1)	(1),(2) <sup>†</sup>
RB 2005/222/JI	Art. 5	(1)	(1)	(2) <sup>†</sup>
RB 2005/667/JI <sup>n</sup>	Art. 3	(+)	(+)	
RL 2008/99/EG	Art. 4	(+)	(+)	
RB 2008/913/JI	Art. 2	(1) <sup>†</sup>	(2)	
RB 2008/919/JI	Art. 4	2(1) <sup>†</sup>	(1)	(3) <sup>†</sup>
RL 2009/52/EG	Art. 9	(2)	(2) <sup>•</sup>	
RL 2009/123/EG	Art. 5b	(+) <sup>†</sup>	(+) <sup>†</sup>	
RL 2011/36/EU	Art. 3	(+)	(+)	(+)
RL 2011/93/EU	Art. 7	(1)	(1)	(2) <sup>†</sup>
RL 2013/40/EU	Art. 8	(1)	(1)	(2) <sup>†</sup>
RL 2014/57/EU	Art. 6	(1) <sup>†</sup>	(1) <sup>†</sup>	(2) <sup>†</sup>
RL 2014/62/EU	Art. 3	(1)	(1)	(2) <sup>†</sup>
RL (EU) 2017/541	Art. 19	(2)	(1) <sup>†</sup>	(3) <sup>†</sup>
RL (EU) 2017/1371	Art. 5	(2)	(2)	(2) <sup>†</sup>
RL (EU) 2018/1673	Art. 4	(+) <sup>†</sup>	(+) <sup>†</sup>	(+) <sup>†</sup>
RL (EU) 2019/713	Art. 8	(1)	(1)	(2) <sup>†</sup>

Legende/Erläuterungen:

- (+) Regelung im einzigen Absatz des Artikels.
- <sup>B</sup> Als »Beteiligung« erfasst.
- <sup>T</sup> Als »Teilnahme« erfasst.
- <sup>†</sup> Regelung nur bezogen auf einzelne Pönalisierungspflichten.
- <sup>M</sup> In der deutschen Sprachfassung als »Mittäterschaft« (fehl-)übersetzt, in anderen Sprachfassungen als Beihilfe klar erfasst.
- <sup>‡</sup> I.V.m. Art. 2 RL 2002/90/EG.
- <sup>n</sup> Wegen fehlerhafter Rechtsgrundlage für nichtig erklärt.
- Auch Begünstigung.

Tabelle B.3: Maßgaben zur Teilnahme- und Versuchsstrafbarkeit in materieller EU-Strafgesetzgebung

Rechtsakt	Verfahren	Rat	Parlament
RL 2011/36/EU	Trilog bis erste Lesung EP	25:0:0 (MS)	643:10:14
RL 2011/93/EU	Trilog bis erste Lesung EP	27:0:0 (MS)	541:2:31
RL 2013/40/EU	Trilog bis erste Lesung EP	26:0:1 <sup>DE</sup> (MS)	541:91:9
RL 2014/42/EU	Trilog bis erste Lesung EP	25:1 <sup>PL</sup> :0 (MS)	631:19:25
RL 2014/57/EU	Trilog bis erste Lesung EP	26:0:0 (MS)	618:20:43
RL 2014/62/EU	Trilog bis erste Lesung EP	26:0:0 (MS)	545:8:21
RL (EU) 2017/541	Trilog bis erste Lesung EP	25:0:0 (MS)	498:114:29
RL (EU) 2017/1371	Trilog bis zweite Lesung EP	20:6 <sup>CY, DE, HU, IE, MT, PL</sup> :0 (MS)	74:510:82†
RL (EU) 2017/2103	Trilog bis erste Lesung Rat	25:1 <sup>AT</sup> :0 (MS)	ohne Abstimmung
RL (EU) 2018/1673	Trilog bis erste Lesung EP	25:1 <sup>DE</sup> :1 <sup>SK</sup> (MS)	634:46:24
RL (EU) 2019/713	Trilog bis erste Lesung EP	25:0:0 (MS)	587:26:8

NN:NN:NN Stimmenverteilung (Ja:Nein:Enthaltung)

† Abstimmungsergebnis bzgl. Ablehnung der (Gegen-)Position des Rates

Tabelle B.4: Mehrheiten und Abstimmungsverhalten bei materieller EU-Strafgesetzgebung

EU-Rechtsakt	Primärer Rechtsakt zur Umsetzung
GM 96/443/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
GM 96/750/JI	<i>keine Umsetzungsverpflichtung</i>
GM 97/154/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
GM 98/699/JI	<i>keine Umsetzungsverpflichtung</i>
GM 98/733/JI	34. StrÄndG (Anhang A II. 16.)
GM 98/742/JI	G 2.P-EGFinSchÜbk (Anhang A II. 15.)
RB 2000/383/JI	G 2.P-EGFinSchÜbk (Anhang A II. 15.)
RB 2001/413/JI	35. StrÄndG (Anhang A III. 3.)
RB 2001/500/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2001/888/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2002/475/JI	Umsetzung RB 2002/475/JI (Anhang A III. 2.)
RB 2002/629/JI	SexSelbstbestG (Anhang A III. 5.); 37. StrÄndG (Anhang A III. 17.)
RB 2002/946/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2003/80/JI <sup>n</sup>	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2003/568/JI	KorrBekG 2015 (Anhang A VI. 8.)
RB 2004/68/JI	SexSelbstbestG (Anhang A III. 5.); Umsetzung RB 2004/68/JI (Anhang A IV. 17.)
RB 2004/757/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2005/212/JI	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2005/222/JI	41. StrÄndG (Anhang A IV. 10.)
RB 2008/667/JI <sup>n</sup>	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RB 2008/675/JI	Umsetzung RB Einziehung [...] (Anhang A IV. 23.)
RB 2008/841/JI	54. StrÄndG (Anhang A VI. 28.)
RL 2008/99/EG	45. StrÄndG (Anhang A V. 7.)
RB 2008/913/JI	Umsetzung RB 2008/913/JI (Anhang A V. 2.); BGBl. I 2022, Nr. 48, S. 2146 <sup>1</sup>
RB 2008/919/JI	GVVG <sup>2</sup> (Anhang A IV. 21.)
RL 2009/52/EG	BGBl. I 2011, Nr. 59, S. 2258 (Nebenstrafrecht)
RL 2009/123/EG	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RL 2011/36/EU	Menschenhandel (Anhang A VI. 16.) <sup>3</sup>
RL 2011/93/EU	49. StrÄndG (Anhang A VI. 2.)
RL 2013/40/EU	KorrBekG 2015 (Anhang A VI. 8.)
RL 2014/42/EU	Reform Vermögensabschöpfung (Anhang A VI. 22.)
RL 2014/57/EU	1. FiMaNoG (Anhang A VI. 12.)
RL 2014/62/EU	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RL (EU) 2017/541	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RL (EU) 2017/1371	PIF-Umsetzung (Anhang A VII. 4.)
RL (EU) 2017/2103	<i>keine spezifische Gesetzgebung</i>
RL (EU) 2018/1673	Geldwäsche-RL-Umsetzung (Anhang A VII. 14.)
RL (EU) 2019/713	61. StrÄndG (Anhang A VII. 15.)

- <sup>n</sup> Rechtsakt wurde wegen fehlerhafter Rechtsgrundlage für nichtig erklärt.
- <sup>1</sup> Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes und des Strafgesetzbuches.
- <sup>2</sup> In den Materialien des GVVG wird auf den damals in Vorbereitung befindlichen RB 2008/919/JI verwiesen.
- <sup>3</sup> In der Notifikation wurde auch auf das StORMG (Anhang A V. 17.) verwiesen. Dessen Gesetzesmaterialien enthalten indes keinen Verweis auf die RL 2011/36/EU.

Tabelle B.5: Materiell-strafrechtliche EU-Rechtsakte und nationale Umsetzungsgesetzgebung